

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1926**

253 (5.6.1926) Morgenausgabe



Dah er sich auf den Posten des Kammerpräsidenten zurückzog, statt seine eigene Partei in der Kammer zu führen, gereichte dieser zum schwersten Nachteil. Bei den französischen Sozialisten herrschte stets größte Zersplittertheit. Aber mit Taurès und Guesde als Führern konnten sie wenigstens nach Außen hin den Eindruck der Geschlossenheit erwecken; die ihr unmerklich vollkommen abgeht. Auch die Oppositionsparteien in Frankreich entbehren jeder einheitlichen und jeder überzeugenden Führung. Eine Zeitlang konnte man annehmen, daß der neugewählte André Tardieu die Rechtsparteien gruppiert würde. Aber nach dieser Führerrolle gestiftet es ihn nicht. In dieser Kammer will er isoliert bleiben, ohne sich irgendeiner Partei anzuschließen.

Die großen Tage des französischen Parlamentes sind dahin. Erscheinungen wie Gambetta, Charles Floquet, Waldeck-Roussseau und Taurès würde man jetzt in dieser Kammer vergeblich suchen. Gewiß hatte sich Herriot bemüht, diesen großen Vorbildern nachzukommen, und er hatte sogar den Versuch gemacht, sich mit demselben Programm über alle Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, mit dem dies Gambetta gelungen war, nämlich mit der Bekämpfung des Merkantilismus. Aber diese Nachahmung gereichte Herriot zum Verderben, weil er übersehen hatte, daß Gambetta den Kampf gegen den Merkantilismus in einem um Gleich- und Ungleichheiten verfeinerten Frankreich geführt hatte. Herriot hatte auch übersehen, daß heute die Politik der Schlagworte nicht mehr genügen könne, weil die Welt sich in den letzten 50 Jahren beträchtlich verändert hatte, und sie sich nicht mehr mit Worten und Redensarten abspülen lassen will. Herriot und seine Partei glaubten, sich auf dem rechten Wege zu befinden, wenn sie auf das alte Programm des Parteigründers zurückgriffen. Und heute sind sie erstunken, daß sie mit diesem Programm keinen Erfolg mehr finden können.

Als die Kammer am Donnerstag voriger Woche wieder zusammentrat und jeden Antrag, der auf die Tagesordnung gestellt werden sollte, ablehnte, sagte der Abgeordnete Ernst Raffon: „Am Besten wäre es, wenn wir uns bis zum Herbst vertagten.“ Der Regierung hatte er damit sicherlich aus der Seele gesprochen und wahrscheinlich auch dem größten Teile der Abgeordneten. Denn die Kammer weiß, daß sie zu fruchtloser Tätigkeit verurteilt ist. Keine Partei kann auch nur einen Teil ihres Programms durchführen, und was die Regierung vor schlägt, möchte im Grunde genommen jedesmal eine große Mehrheit verwerfen. Nicht einmal die Nachricht von Abd el Krim's Kapitulation konnte die Kammer aus ihrer Müdigkeit aufwecken. Sie ist erschöpft, und nur ein starker Wille wäre im Stande, sie aus ihrer lähmenden lethargie aufzurütteln.

Die Erkenntnis von der Erschöpfung des französischen Parlamentarismus führte Briand jetzt dazu, das Parlament von der Erörterung der brennendsten Frage auszuschalten, die Frankreich lösen soll. Der Ministerpräsident lehnt es nachdrücklich ab, die Kammer eine Finanzdebatte beginnen zu lassen, mit der Begründung, daß dieses Problem nur gelöst werden könnte, wenn darüber nicht gesprochen würde. Das ist die Regierung des parlamentarischen Systems. Frankreich geht noch nicht so weit, die Kammern gänzlich zu beseitigen, aber es schiebt sie von der Debatte über die zur Zeit bedeutungsvollsten Angelegenheiten aus. Das Kabinett Briand will ohne parlamentarische Einmischung die Finanzkrise beseitigen. Wenn ihm diese doppelte Absicht gelänge — Ausschaltung der Kammer und Beendigung der Finanzkrise — dann müßte man auf die Folgen gespannt sein. Soviel kann man wohl voraussetzen, daß im Falle eines Erfolges der erschöpfte französische Parlamentarismus seiner allmählichen Auflösung näherkäme. Das Experiment, das Briand jetzt wagt, kann von historischer Tragweite werden.

**Beschlüsse des Reichsrates.**

II. Berlin, 4. Juni. In seiner heutigen öffentlichen Vollversammlung hat der Reichsrat der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Ernennung des Geh. Reg.-Rates Werner aus dem Reichsjustizministerium zum Oberreichsanwalt als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer zu. Dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag wurde gleichfalls zugestimmt. Angenommen wurde auch ein Geschenkvertrag zur Durchführung gewisser Artikel des Versailler Vertrages, bei denen es sich um eine Folge des neulich in Paris abgeschlossenen Uebereinkommens über die Luftschiffahrt handelt. Der Reichsrat erklärte sich einverstanden mit einer Verordnung, wonach der Eigenverbrauch bei Landwirten von der Umsatzsteuer befreit werden soll, wenn die Gesamtsumme der vereinnahmten Gelder einschließlich des Eigenverbrauchs im vorausgegangenen Wirtschaftsjahr 10 000 Mark nicht übersteigt hat. Den 150 Millionen Goldmark Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn hängemeißeleihaft, für die das Reich eine Dividendengarantie bis 7 Prozent übernommen hat, wurde die Mündelsicherheit zugelassen.

III. Bremen, 4. Juni. Auf der Strecke Bremen-Wanne wurden zwei Arbeiter, die auf der Eisenbahnstrecke beschäftigt waren, von einem Güterzuge erfaßt und getötet.

**Bernard Shaw — B.M. 77.**

Wie schützt man sich vor Berühmtheit?

Bis jetzt wurden im internationalen Gebrauch nur Automobile mit Buchstaben und Nummern versehen. Das soll nun anders werden. In London ist nämlich eine Gesellschaft gegründet worden, die sich zur Aufgabe macht, geheime Erkennungszeichen gegen ein gutes Stück Geld an bedrängte Mitbürger zu verleihen. Einer der ersten Abnehmer ist Bernard Shaw geworden. Seine Gründe legte er einem amerikanischen Journalisten wie folgt auseinander: „Ich bin ein berühmter Mann. Das ist aber manchmal sehr unbequem, denn diese Berühmtheit hat auch eine materielle Seite. Verlangt ich beispielsweise eine Autopreislifte von irgendeinem Geschäft, so riskiere ich mit dieser einzigen Anfrage, daß am nächsten Morgen mindestens zehn Wagen vor meiner Haustür halten und mich zu einer Probefahrt abholen wollen. Um jeden Wagen stehen mehrere Photographen mit gezielten Apparaten und etliche Leute mit Korbkisten. Was würde geschehen, wenn ich, anzunehmen, einen Pantoffel von 5000 Pfund haben wollte? Ich müßte mir durch Interwiewer und Photographen den Weg förmlich erkämpfen. Das Leben ist glatt eine Unmöglichkeit, wenn man nicht gelegentlich einmal ein unbedeutender Privatmann sein kann. Deshalb will ich eine Erkennungsmarke.“

So also kam Shaw zu der Nummerierung, die aber natürlich außer ihm und der Gesellschaft niemand kennt. Es wird von Seiten der Gesellschaft absolutes Stillschweigen garantiert. Würde der Dichter Bernard Shaw nicht bereits Hundsmillionär sein, und müßte er wirklich einen Bump aufnehmen, so würde sich das folgenmaßen abspielen: Er schreibt an den Geldgeber und unterzeichnet den Brief z. B. mit B. M. 77. Der Geldgeber hat gewiß Nachfragen und schreibt seinerseits an B. M. 77. Die Post liefert derartige Briefe dann der Erkennungsgesellschaft ab, diese schlägt in ihren Büchern unter B. M. 77 nach und sendet den Brief in einem neuen Umschlag, unersüßet, an George Bernard Shaw, Esq., 10 Adelphi Terrace, London, W.C.2. Der Geldgeber weiß also garnicht, mit wem er in Verbindung getreten ist, und der Erfolg des Geschäfts wird von der Güte der Bürgen abhängen.

J. C. Squire, einer der bekanntesten englischen Kritiker, nahm sich auch eine Erkennungsmarke. Mr. Squire hebt neue große Möglichkeiten in dieser Einrichtung. Ein Schriftsteller, entspreche jedem Schmeißerbrief, wenn er sich B. M. 101 oder B. M. 412 nennt. Der zerkümmerte Professor braucht nicht mehr zu befürchten, vor lauter Zitterneurose verloren zu gehen. Man kann sich die Marke ja aufstempeln lassen! Ich nahm eine Marke, weil ich erlitten meine Ruhe haben will und weil mein Name fast immer falsch geschrieben wird. In den Geschäftsleuten nur meine Nummer bekannt, müssen sie riskieren, daß ich ihre Briefe überhaupt nicht erhalte, wenn sie nämlich die Nummer nicht richtig schreiben.“

Auch Mr. Squire's Marke ist Geheimnis, wie eben alle. Nur der Anfang ist bei allen Privatleuten der selbe: B. M. Darauf folgt eine Nummer. B. M. heißt: British Monomark. Bei den Geschäfts-

**Die Beschäftigung älterer Angestellter.**

Beratungen im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten.

II. Berlin, 4. Juni. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beriet heute über Erwerbslosenfürsorge. In der Hauptsache drehte sich die Aussprache um den Vorschlag der Reichsregierung, von dem starren System der Erwerbslosenfürsorge abzuweichen und das sogenannte Lohnklassensystem einzuführen. Im Ausschuß wurde angeregt, daß zunächst die Fraktionen befragt werden sollen, ehe zu dieser grundsätzlichen Neuorganisation Stellung genommen werden soll.

Im weiteren wurde Bericht erstattet über die Beschlüsse des Unterausschusses für Angestelltenfragen, die in Form von Leitlinien zur Behebung der Notlage der älteren Angestellten gefaßt worden sind. Danach soll im Rahmen der Arbeitsvermittlung eine Meldepflicht eingeführt werden, nach der die Unternehmungen und Verwaltungen öffentlichen und privaten Rechts verpflichtet sind, freiwerdende Stellen im Arbeitsnachweise sofort anzumelden. Die Unternehmungen sollen weiter verpflichtet sein, dem Arbeitsnachweis von der Kündigung und Entlassung älterer Angestellter (über 40 Jahre) Anzeige zu machen.

Auch über die Chiffreanzeigen sind eine Reihe von Bestimmungen festgesetzt. Weiter wurde beschlossen, daß in jedem Betriebe auf mindestens fünf Angestellte ein Angestellter über 40 Jahre beschäftigt werden muß. Weitere Bestimmungen betreffen den Kündigungstext für ältere Angestellte. Danach bedarf der Arbeitgeber zur Kündigung eines Angestellten der Zustimmung der Betriebsvertretung.

Der Unterausschuß setzte auch bestimmte Mindestkündigungssfristen fest. Hiernach ist nach 20 Dienstjahren ein Angestellter nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes im Sinne der Bestimmungen des Handelsgesetzbuches kündbar. Auch Abteilungen sind bei Kündigungen zu entrichten.

Im Ausschuß wurde von der Regierung erklärt, daß bei so entscheidenden Veränderungen das Reichskabinett sich mit der ganzen Frage erst beschäftigen müsse. Auch von verschiedenen Parteien wurde gewünscht, daß erst die Fraktionen Stellung nehmen. Die Abstimmungen wurden daher vertagt.

**Polen nach dem Umschwung.**

Bereidigung des neuen Staatspräsidenten.

II. Berlin, 4. Juni. Wie der „Lokalanzeiger“ aus Warschau meldet, hat heute mittag kurz nach 12 Uhr im großen Saal im königlichen Schloß der feierliche Akt der Vereidigung des Staatspräsidenten Pilsudski stattgefunden. Außer den zahlreich erschienenen Abgeordneten und Senatoren wohnten alle Mitglieder der Regierung mit Ministerpräsident Bartel und Feldmarschall Pilsudski sowie das diplomatische Korps und Vertreter der in- und ausländischen Presse der Vereidigung bei. Das Publikum hatte keinen Zutritt.

**Die Finanzkontrolle in Ungarn.**

II. Genf, 4. Juni. Die Finanzkommission des Völkerbundes trat heute vormittag wieder zusammen, um einen Bericht des Völkerbunds-Kommissars für Ungarn über die Finanzlage Ungarns entgegenzunehmen. Es wurde beschlossen, die Frage der Aufhebung der Finanzkontrolle in Ungarn erst zur Beratung zu stellen, nachdem der Völkerbundsrat zu dem im März eingereichten offiziellen Antrag der ungarischen Regierung auf Aufhebung der Finanzkontrolle Stellung genommen hat. Heute nachmittag wurde der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in der Kommission gehört. Morgen wird die Kommission sich mit der Aufhebung der finanziellen Kontrolle befassen, die nur noch eines formellen Beschlusses des Völkerbunds bedarf.

**Ein amerikanischer Werbrief in Hauptzollamt Berlin unterschlagen.**

II. Berlin, 4. Juni. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet: Das Verschwinden einer Sendung in den Räumen des Hauptzollamtes in Alt-Moabit 145 beschäftigt zurzeit die Behörden. Die „American Express Company“ in der Charlottenstraße erhielt von ihrem New Yorker Hause zehn eingeschriebene Briefe, in denen sich zusammen über 100 000 Dollar befanden. Von diesen zehn Briefen, welche die Hauptpost ordnungsgemäß dem Hauptzollamt zur weiteren Behandlung und zur Auslieferung an den Empfänger übermittelte, fehlte, als die Sendung der American-Express-Company übergeben werden sollte, ein Brief, in dem sich 10 100 Dollar in Noten zu 15 und 20 Dollar befanden. Bisher weiß man noch nicht, wer den Brief entwendet hat.

leuten lautet der Anfang: B. C. M. - British Commercial Monomark. Die private Marke kostet im Jahr 5 Schilling, die kaufmännische 2 Pfund, 2 Schilling. Im Geschäftsleben soll die Marke von Nutzen sein, wenn ein uneingetragenes Geschäft sich zunächst nicht mit Namen nennen will, bis die Ware bekannt und begehrt ist. Besonderen Wert mißt man einer solchen Marke auch als Warenzeichen bei. Bisher war es bei kleineren Gegenständen meist nicht möglich, den Firmenstempel unauffällig anzubringen. Die Marke findet aber auf der kleinsten Brosche Platz. Sieht nun jemand diese Brosche und will sie auch haben, so schreibt er einfach die Nummer an die Erkennungsgesellschaft, und diese leitet die Anfrage an den Hersteller weiter. Sollte diese Markenmethode allgemein eingeführt werden, so würden die Hundsbüros eine Einrichtung von gestern. Denn jeder Schirm, jede Handtasche, welche die Erkennungsmarke des Besitzers trägt, wird (theoretisch) unfehlbar den Weg zurückfinden.

Weitere Erkennungsgesellschaften sind in New York, Paris und Berlin geplant. Den Ländern entsprechend werden die Anfangsbuchstaben A. M., F. M. und G. M. lauten. Die Londoner Gesellschaft ist in einem Nebengebäude untergebracht und vorläufig einzig in ihrer Art. M. K. St.

**Berliner Theater.**

Schluss der Berliner Spielzeit.

Mit der Erstaufführung des im Reich bereits gespielten Volksstückes „Nidel und die 36 Gerechten“ von Hans J. Rehschloß schloß die Berliner Theateraison. Rehschloß hat eine unglückliche Liebe zum Volksstück. Raimund, Restrov, Augenzugruhr schufen die Volksstücke ihrer Zeit, aus ihrem Publikum, aus ihrer Tonfärbung, aus ihrem Dialekt. Rehschloß schreibt Volksstücke aus einer erfundenen, zusammengesehten, nirgends beheimateten Sprache. Rehschloß ist latini, großstädtisch — aber er kann von der Naturpoesie nicht lassen. Er lebt im modernen Milieu — aber er transponiert sich in eine blumige Kleinstadt. Er ist intellektuell — und versinkt in Sentimentalität.

Die Aufführung zeigte, wie weit das Schillertheater in dieser Spielzeit herabgewirtschaftet worden ist. Trotz ausgezeichneten Schauspielers wie Rudolf Forster, Agnes Straub, Lucie Mannheim, fiel die Aufführung völlig auseinander. Florath ist kein Regisseur. Die Dehnungen der Vorstellung waren kaum auszuhalten. Nach dem Nichtregisseur Rameau, der Nichtregisseur Florath. Man mutet dem Schillertheaterpublikum doch etwas viel zu.

Die Spielzeit hat, wenn man sie gegen die vorhergehende hält, eine kleine Entwicklung aufwärts gebracht. Die jüngeren deutschen Dramatiker wurden zum ersten Male, nicht nur vereinzelt, sondern beinahe in geschlossener Front gegeben. Das ist auch dann erfreulich, wenn man sich eingestehen muß, daß erst der Erfolg des „Fröhlichen Wäinberg“ und des „Freibriefs“ den Theaterdirektoren, wenn auch nicht gerade den Mut zu Waagen, so doch die Angst vor verärgerten Ueberrassungen gab. Im Spielplan der Berliner Bühnen erschienen von Bronnen „Dopolzug“ und „Erzsele“; von

**700-Jahrfeier der Stadt Lübeck.**

Der Festakt im Stadttheater.

II. Lübeck, 4. Juni. Heute fand die 700-Jahrfeier mit dem großen Festakt im Stadttheater Lübeck ihre Fortsetzung. Der Festakt wurde mit der Jubelouverture von Carl Maria von Weber eröffnet. Hierauf begrüßte Senator Dr. Verheeren als Vertreter des Senates und der Bürgerstadt und als Ehrenvorsitzender des Festausschusses die Ehrengäste, dankte für ihr Erscheinen und die von Reich, Ländern und Städten, von Behörden und Universitäten bewunderte Teilnahme an der Feier. Man erfuhr dabei, daß Dr. Thomas Mann heute Professor Dr. Thomas Mann geworden ist. Dann folgten die Begrüßungsansprachen.

In Vertretung des Reichspräsidenten, des Reichszanlers und der Reichsregierung überbrachte Reichsverkehrsminister Kroschke die Glückwünsche des Reiches und verlas ein Handschreiben des Reichspräsidenten, in dem dieser der Stadt seine Glückwünsche übermittelte. Als zweiter Redner folgte der Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Dr. Kießer, dessen Worte von starker, nationaler Wärme getragen und dessen Klag über Zersplittertheit und Parteifader gerade heute und gerade hier doppelt mahnend waren. Für den Reichsrat sprach der bayerische außerordentliche bevollmächtigte Minister Dr. von Preger.

Als erster Vertreter eines auswärtigen Staates nahm der Botschafter der Union der Sowjetrepubliken, Krestinski, das Wort, der auf die große Geschichte Lübeds verwies und der Stadt die Glückwünsche der nordischen Staaten, vor allem auch des von ihm vertretenen Reiches, überbrachte. Der Rundfunk trug die gesprochenen Worte auf den Marktplatz, wo Tausende, wenigstens auf diese Weise mittelbar, an dem Festakte teilnahmen.

Die Festrede hielt Dr. Endres-Lübed. Auch er gab einen geschichtlichen Rückblick über das Werden der Hansestadt und schloß seine Ausführungen mit einem Ausblick auf die Zukunft Lübeds.

Nachdem auch die übrigen Vertreter von Ländern, Behörden und Bürgerstädten der Stadt ihre Glückwünsche dargebracht hatten, wurde die Feier im Stadttheater beendet, und man begab sich zur Katharinenkirche, wo die Senatoren der Städte Hamburg und Bremen der Schwesterstadt Lübeck als Geschenk eine Nachbildung der St. Jürgen-Gruppe überreichten. Auf die Ansprachen der beiden Bürgermeister von Hamburg und Bremen antwortete Senator Dr. Verheeren in längeren Ausführungen, in denen er besonders die Jahrhunderte alte Zusammengehörigkeit der drei Hansestädte betonte. An die Feier in der Katharinenkirche schloß sich dann ein Rundgang und eine Besichtigung der verschiedenen Ausstellungen an.

**Der Aulskerprozeß.**

II. Berlin, 4. Juni. Zur gestrigen Verhandlung im Antisklerprozeß ist der Angeklagte Antiskler wieder nicht erschienen. Nach einem von seinem Sohne überbrachten Attest hat sich sein Befinden verschlechtert. Der Arzt bezeichnete ihn als verhandlungsunfähig. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird nach kurzer Beratung beschlossen, ohne Antiskler weiter zu verhandeln. Als Zeuge wird dann Rechtsanwalt Pöschke vernommen, durch dessen Strafanzeige die ganze Angelegenheit ins Rollen kam.

F.H. Paris, 4. Juni. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Briands ursprüngliche Absicht, bereits morgen nach Genf zu reisen, läßt sich nicht verwirklichen. Der Ministerpräsident wird erst Sonntag abend Paris verlassen.

**Tages-Anzeiger.**

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Samstag, den 5. Juni 1926.

- Vandesteater: „Lady Windermeres Fächer“ 7½-10 Uhr.
- Badische Stadttheater: „Königliche Komödie: Der letzte Mann; Der erste Kreis.“
- Wortspiel, Film, 4 und 8½ Uhr.
- Zuenerverein 1846: 80. Sitzungssitz, Festakt mit Bankett in der Festhalle, 8 Uhr.
- Berlin ehem. III.: Monatsversammlung im „Brinsaal“, 8½ Uhr.
- Berlin ehem. Bad.: Monatsversammlung: Monatsversammlung, Alte Uinde, 8 Uhr.
- Hausfrauenbund: Sommerfest im Rumpengarten und Erbsengarten, 8 Uhr.
- Aufführungsgesellschaft (Hilfskomitee): „Königliche Komödie“, 8 Uhr.
- Geographische Gesellschaft: Vortrag von Ober-Reg.-Rat Walter über „Tahiti“, 8 Uhr.
- Gesellschaft III.: „Bunter Abend mit Ball im Kolosseum“, 8 Uhr.
- Volkshaus der Deutschen aus dem ehem. Österreich-Ungarn: „Bunter Bunter Abend mit Tanz im Kaffee-Röcher“, 8 Uhr.
- Wiener Hoftheater: Gesellschafts- und Kabarettvorstellung, 8 Uhr.
- Palast-Theater: Die Brüder Schellenberg.
- Welfino: Frauen in Farnen; Kapitän Kibb-Gibbe Volo.
- Heidens, Platzspiele: Der Graf von Luxemburg; Als mit Hundert; Nach dem Sommerland Palmatien.
- Altstadt-Theater: Die Betrügerin.
- Union-Theater: Die blonde Ma; Stg und Box und der Weltverkehr.

Hans Henry Jahn wurde „Medea“, von Paquet die „Sturmflut“, von Hasenleber das Kolportagestück „Morb“ gegeben. Die Junge Bühne gab Bromens „Geburt der Jugend“, Brechts „Baal“ und als Entdeckung Marie Luise Pfeifers „Fegfeuer in Sogolstadt“. Von den Regisseuren hielt sich Jahn auf einer unentschiedenen Mittellinie, zum Durchbruch kam die große Begabung Piscators. Fehling wurde schlecht und unhandbar beschäftigt, Erich Engel mußte in dem Großbetriebe des Deutschen Theaters eine verfehlte „Vollstirne“ Verarbeitung und Inszenierung machen, hatte aber vor und nach dem „Morb“ berechtigte Erfolge mit Shaws „Man kann nie wissen“ und zuletzt mit dem englischen Lustspiel „Bedwens“ von Noel Coward, das in seiner reizenden Inszenierung noch heute den Spielplan der Kammertheater beherrscht.

Im übrigen kämpfen noch immer die beiden großen Theaterarten: die gemeinnützigen Staats-Volkshäuser und die Privatkonzerne um die Vorherrschaft. Durch den Zusammenschluß der Reinhardt-Barnowsky-Robert-Bühnen haben scheinbar die Privattheater einen Sieg erfochten. Aber es wird ein Wrrrus-Sieg sein. Der Trugschluß ist überhanpt. Es ist zu fürchten, daß im Spielplan das englisch-amerikanische Kontroversations- und Sensationsstück, das richtiger und seltener, plaziert, durchaus als Theaterernahrung keine Bedeutung hat, überhand nehmen wird.

Unentschieden scheint vorläufig noch zu sein, wie lange Max Reinhardt persönlich in Berlin Regie führen wird. Er hatte gerade in dieser Spielzeit wieder umfassende Erfolge: mit der Inszenierung von Werfels „Jurez und Maximilian“ und, besonders mit den Aufführungen am Kurfürstendamm: „Galsworthys „Gesellschaft“ und Maughams „Victoria“. Reinhardt's Premieren haben noch immer und mit Recht große gesellschaftliche Zugkraft. Zu ihnen geht das mondäne Publikum Berlins, wie zur Masary und früher zu Metropolitheaterpremiere. Die künstlerischen Kämpfe spielen sich anderswo ab. Herbert Ihering.

Der Tod des Physikers. Der große englische Chemiker und Physiker Wollaston war lange Zeit durch eine schmerzhaft Krankheit aus Lager gefesselt, sein Geist aber blieb in fortwährender unermüdbarer Tätigkeit. So beschäftigte er sich noch in seinen letzten Tagen mit der Konstruktion eines Mikroskops und schwierigen Berechnungen. Als er bereits einige Zeit bewusstlos lag und man ihn für tot hielt, richtete er sich plötzlich auf und verlangte nach Papier und Bleistift. Beides wurde ihm gereicht und er begann eifrig zu rechnen. Es war eine schwierige Berechnung, aber er führte sie richtig durch, dann legte er sich mit einem tiefen Seufzer nieder und hatte für diese Welt — ausgerechnet.

Badisches Landestheater. In dem heute Samstag, den 5. Juni, neuinstudiert zum ersten Mal in Szene gehenden Schauspiel „Laby Windermeres Fächer“ von Oskar Wilde wird Germa Clement die Lady Windermeres darstellen. Neben ihr wirken in Hauptrollen mit die Damen Emarth, Frauendorfer, Genet, Moeller, Koormann und Mademacher, sowie die Herren Brand, Dahlen, Höder, Koeble, Leitzig, Prüter und von der Trend, dem auch die Inszenierung oblag. — Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr.

Badischer Landtag. Das Gebäudesondersteuergesetz.

Der Haushaltsausschuss des Badischen Landtages beriet in seiner gestrigen Sitzung zunächst über eine Reihe von Anforderungen für Neubauten und bauliche Veränderungen, die die nächste Plenarsitzung vorwegnehmen soll.

Zu einer längeren Aussprache gab die Anforderung von 1 380 000 Mark für die Erstellung neuer Beamtenwohnhäuser Anlass, die vom Ausschuss bei Stimmhaltung des Vertreters der Deutschen Volkspartei genehmigt wurden.

Weiter genehmigte der Ausschuss den Neubau eines evangelischen Pfarrhauses in Otterswang, einen Staatsbeitrag in Höhe von 80 000 M für die Gemeinde Ivesheim zur Erbauung einer festen Kedarbrücke, 35 000 M zur Erweiterung der Druckerei der Baubehörde und 20 000 M zur Erbauung eines Straßenwärterhauses in Otteringen.

Im Ausschuss kam dann zur Sprache, daß die große Konkurrenz der Bauinteressenten bei der Vergabe von Staatsaufträgen in letzter Zeit dazu geführt habe, daß diese die Unterfertigung von Landtagsabgeordneten zu gewinnen versuchten.

Darauf be sprach der Haushaltsausschuss eine größere Anzahl von Änderungsanträgen zum Gebäudesondersteuergesetz, die am gestrigen Nachmittag erst von den Fraktionen, die sämtlich Sitzungen anberaumt hatten, beraten wurden.

Wanderungsanträge.

Im Haushaltsausschuss haben die Regierungsparteien folgende Wanderungsanträge eingebracht:

- 1. Die Gebäudesondersteuer wird vom 1. Juli 1924 ab erhoben. 2. Die Steuer beträgt für die dauernd und vorwiegend vermieteten Gebäude oder für die vom Steuerpflichtigen selbst dauernd und vorwiegend bewohnten Gebäude — für letztere jedoch nur, soweit sie nicht unter Absatz 3 fallen — bis 30. Juni 1925 monatlich je 8, vom 1. Juli 1925 bis 30. April 1926 je 10, vom 1. Mai 1926 bis 30. Juni 1926 monatlich je 14 und vom 1. Juli 1926 an monatlich je 16 R. Pfg. von 130 R. M. Gebäudesondersteuer.

3. Die Steuer beträgt für die einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dauernd und vorwiegend dienenden Gebäude einschließlich jener Wohngebäude, die zu einem solchen Betrieb ganz oder vorwiegend in wirtschaftlicher Beziehung stehen, bis 30. Juni 1925 je 8, vom 1. Juli 1925 bis 30. April 1926 monatlich je 2 und vom 1. Mai 1926 an monatlich je 5 R. Pfg. von 100 R. M. Gebäudesondersteuer; für diese Gebäude gilt jedoch der Steuerfuß nach Absatz 2, wenn ihr Steuerwert 60 000 R. M. übersteigt, oder soweit sie als selbständige Wohnungen vermietet sind.

4. Die Steuer beträgt für die übrigen Gebäude bis 30. Juni 1925 monatlich je 8, vom 1. Juli 1925 bis 30. April 1926 monatlich je 10 und vom 1. Mai 1926 an monatlich je 14 R. Pfg. von 100 R. M. Gebäudesondersteuer; für diese Gebäude gilt jedoch der Steuerfuß nach Absatz 2, soweit sie als selbständige Wohnungen vermietet sind. 5. Die Steuer ist auf den 5. eines Monats, erstmals auf den 5. August 1926 fällig.

Von dem aus der Erhöhung der Gebäudesondersteuer sich ergebenden Mehrbetrag werden für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 von Land und Gemeinden für den Wohnungsbau verwendet das Mehrkommen nach § 7 Absatz 3 und 4 ganz, von dem Mehrkommen nach § 7 Absatz 2 zwei Drittel; der Rest dieses Mehrkommens fällt dem Lande zu zur Verwendung für allgemeine Finanzzwecke. Dementsprechend werden die §§ 11 und 12 wie folgt geändert:

- a) In § 11 Absatz 1 erhält Satz 1 folgende Fassung: „Von dem Steueranfall kommen dem Lande 47 v. H., den Gemeinden 53 v. H.“; ferner wird in Absatz 2 Satz 1 statt „zwei Fünftel“ gesetzt „4 v. H.“ und in Satz 3 statt drei Fünftel „53 v. H.“; b) erhält der § 12 folgende Fassung: „Das Land verwendet von seinem Anteil am Steueranfall nach § 7 Absätze 2 und 4 50 v. H., sowie den ganzen Anteil am Steueranfall nach § 7 Absatz 3 für die Förderung des Wohnungsbau. Die Gemeinden verwenden ihren Anteil am Steueranfall abzüglich des für den Wohnungsbau mindestens in gleichem Verhältnis für die Förderung des Wohnungsbau. Die zu einem Wohnungsverband gehörigen Gemeinden sind verpflichtet, die zur Förderung des Wohnungsbau zu verwendenden Beträge an den Wohnungsverband abzuliefern. Die Bezirksversammlung des Wohnungsverbandes kann den hierfür abzulegenden Anteil nach § 7 Absatz 2 und 4 auf mehr als 50 v. H. setzen; zu einer Erhöhung von mehr als 60 v. H. ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde des Wohnungsverbandes erforderlich.“ Absätze 2 bis 4 des Regierungsentwurfes bleiben unverändert.

1) (Durlach, 4. Juni. (Nachruf. — Arbeitslose.) In der letzten Stadtratssitzung widmete der Vorsitzende dem an einem Herzschlag verstorbenen Verwaltungsdirektor Dreikluft einen warmen Nachruf; er rühmte seine ausgezeichneten und hervorragenden Eigenschaften sowohl im Dienst, wie im persönlichen Verkehr, seine großen Verdienste um die Stadt und deren Einwohner. Bei der Beerdigung am Mittwoch widmete nach der Einlegung durch Stadtpfarrer Küger Oberbürgermeister Föller dem Dahingegangenen Worte der Anerkennung und des Dankes für die reichlichen Verdienste, die sich der Heimgegangene um die Stadt Durlach erworben hat. Darauf folgten eine ganze Reihe weiterer Kranzniederlegungen von Vereinen und Verbänden. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt immer noch über 1200, als Notstandsarbeiter sind zurzeit 172 Mann beschäftigt.

2) (Ettlingen, 4. Mai. (Vom Schulwesen.) Die Seminarübungsakule Ettlingen wird durch die Aufhebung des Lehrerseminars ebenfalls beeinflusst. Sie wird in eine Knabenschule umgestaltet, die dem Kreisoberamt unterstellt wird. Diese Schule erhält jetzt 10 bis 12 Hauptlehrerstellen wie die Mädchenschule, also etwa zehn. Bis jetzt hat nur ein Hauptlehrer an dieser Schule fungiert.

3) (Ettlingen, 4. Juni. (Zunftstube.) Der Zunftsausschuss beschloß die Vereinigung der Zünfte unter dem Titel „Zunftstube“, eine Vereinigung des selbständigen Handwerkes im Kreise Ettlingens, vorzunehmen.

Moderner Betonstraßenbau.

Eine der großartigsten Entwicklungen in technischer Hinsicht weist unzweifelhaft heute der Motortransport auf. Die relativ geringen Unterhaltungskosten im Verein mit billigen Betriebsstoffen und einer nicht gerade wirtschaftsfreundlichen Tarifpolitik der Reichseisenbahn haben dafür gesorgt, daß ein erheblicher Teil des Massengütertransportes im Nahverkehr auf die Landstraßen verlegt worden ist.

Im allgemeinen macht sich der Nichtfachmann nur ein ungenügendes Bild von den ungeheuren Summen, die in unserem 180 000 Km. betragenden deutschen Landstraßennetz investiert sind. So rechnet man z. B. im Reichsrat für die sachgemäße Ausführung der 40 000 Kilometer Hauptverkehrsstraßen mit einer Summe von 2 Milliarden Mark, wozu noch die laufenden Unterhaltungskosten von etwa 300 Millionen Mark jährlich hinzukommen.

Um dem dringenden Bedürfnis nach einer geeigneten Straßenebefestigung abzuhelfen, ist schon vor Teil in den Vorkriegsjahren eine große Anzahl Methoden vorgeschlagen worden und auch zur Ausführung gekommen. Teilweise haben sie sich bewährt, zum großen Teil aber haben sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht oder nur unzulänglich erfüllt. Dazu gehören auch die Betonstraßen, wie sie unglücklichweise zu einer Zeit gebaut wurden, als man mit der wissenschaftlichen Durchforschung dieser Bauweise kaum begonnen hatte, und noch viel weniger über Erfahrungen irgend welcher Art verfügte.

Und gerade beim Betonstraßenbau handelt es sich in hohem Maße um eine Erfahrungswissenschaft, die mit scharfsinniger Forscherarbeit Hand in Hand gehen muß. Diese unermüdbare Zusammenarbeit hat zu dem Ergebnis geführt, daß wir nun auch den Beton für Straßenbauzwecke zu messen gelernt haben, und niemand, auch der allseitig Bewandteste nicht, wird sich heute beim Anblick einer modernen Betonstraße verleitet fühlen können, wohl aber angenehm überrascht mancherlei Vorzüge entdecken, die ihm erst jetzt zum Bewußtsein kommen: Stoßfestes Fahren, Geruch- und Staublosigkeit, Rißfreiheit, Griffbarkeit, keine Glätte, geringere Unterhaltungskosten der Verkehrsmittel, geringerer Zugwiderstand usw., ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die Straßenunterhaltungspflichtige genießen. Denn es dürfen bei einem Kostenvergleich nicht nur die Herstellungskosten einer Straßenebefestigung verglichen werden, sondern die Gesamtkosten der Straße in 10 oder 15 oder 20 Jahren. Wenn z. B. eine wassergebundene Schotterdecke, die in der Herstellung vielleicht 5 bis 6 Mark pro Quadratmeter gekostet hat, jedes folgende Jahr 2 bis 3 Mark Unterhaltungskosten verursacht, so wird man sogleich der Meinung sein können, daß diese Straße doch wohl trotz der niedrigen Herstellungskosten die weitaus teuerste ist. Es ist auch im Straßenbau wie in der Wirtschaft des Einzelnen, das Billigste ist meist das Beste und umgekehrt.

Wie hat man es nun möglich gemacht, die Fehler der bisherigen Betonstraßen in Zukunft zu vermeiden? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir kurz auf die Ursache der Zerstörung eingehen. Sie lag einmal in der zu geringen Zugfestigkeit des Betons, also an der mangelhaften Elastizität desselben und andererseits an den nicht unbeträchtlichen Längenänderungen infolge der Temperaturentwässerung, der Beton arbeitete zu stark. Auf diese Ursache nahm man beim Straßenbau insofern Rücksicht, als in bestimmten Entfernungen, etwa alle 8 bis 14 Meter, 10 bis 12 Millimeter starke Querrugen angeordnet wurden, vielleicht auch noch eine Längsrug in der Mitte, die man später mit einer elastischen Masse ausfüllte, um den Verkehrsmitteln keine scharfen Kanten entgegenzusetzen. Diese bündelartigen Fugenfüllungen wirkten zwar im Sommer in der vorgeführten Weise, in dem sie von dem sich ausdehnenden Beton herausgedrückt und breitzogen wurden, aber im Winter verlagerten sie größtenteils, weil sie die gebildeten Rugen nicht wieder anfüllten. Außerdem kam, wie schon erwähnt, die zu geringe Zugfestigkeit hinzu, die fast stets geringer war als die auftretenden Temperaturentwässerungen, und die Folgen waren die bekannten Kreuz-

und Querrisse. Dagegen gab es kein wirksames Mittel; weder Anstriche noch Eisenverstärkungen vermochten das Uebel zu beheben. Häufig war auch der Untergrund nicht sachgemäß vorbehandelt, es fehlte eben an Erfahrungen und an geeignetem Material.

In diesem Stadium kamen dem deutschen Straßenbau zwei wichtige Tatsachen zu Hilfe. Und zwar waren es einmal die Amerikaner, die selbst für deren Verhältnisse tiefste Betonstraßenbaupläne zur Ausführung brachten, vor allen Dingen aber die wissenschaftliche und praktische Erforschung mit mehr finanziellen Mitteln in die Wege leiten konnten, als uns für unsere gesamte Straßenunterhaltung zur Verfügung stehen. Wenn wir nun auch für unsere anders gearteten Verkehrsverhältnisse diese amerikanischen Versuchsergebnisse nicht ohne weiteres übernehmen konnten, so haben wir ihnen doch mancherlei Verbesserungen und Anregungen zu verdanken. Wir kennen heute den im allgemeinen günstigsten Straßenquerschnitt, den Einfluß des Untergrundes, der Zuschlagstoffe usw. die Erhärtungsbedingungen, die Fugenausbildung und zahlreiche andere Feststellungen. Das zweite wichtige, vielleicht entscheidende Moment im Betonstraßenbau war die Schaffung eines Zementes, der die vorerwähnten ungünstigen Eigenschaften des gewöhnlichen Handelszementes nicht oder nur in ganz geringem und für die Praxis nicht mehr in Frage kommenden Umfang aufweist. Es kann hier nicht der Ort sein, auf den Abbinde- und Erhärtungsprozess des Betons näher einzugehen. Nur soviel soll gesagt werden, daß es sich bei dieser neuen Zementart, dem Solbititzement, um ein hochwertiges, kieselsäurereiches Produkt handelt, das dem Beton eine sehr hohe Druckfestigkeit verleiht, die den Temperatur- und Erhärtungsschwankungen in jedem Falle widersteht, und die ein außerordentlich niedriges Ausdehnungsvermögen besitzt, wodurch der üblichen Rißgefahr begegnet ist. Bei den Solbititzementstraßen wird außerdem als sogenannter Betonzuschlag nur kieselsäurereiches Gestein wie Granit, Syenit, Porphyre oder Quarzporphyre benutzt, wodurch nicht nur eine mechanische Verbindung mit dem Zement erzielt, sondern auch eine chemische Reaktion eingeleitet wird. Die Fugen werden auch in Zukunft nicht mehr in der erwähnten Stärke hergestellt und später verfüllt, sondern sie werden infolge der sehr geringen Ausdehnung des Solbititzementes nur noch in Entfernungen von etwa 25 Metern raumlos ausgeführt, d. h. es wird nicht abgedichtet. Die Fugen treten also nicht außen mehr in Erscheinung. Das hat den großen Vorteil, daß den Verkehrsmitteln keine Angriffsstellen mehr geboten werden, wodurch die Hauptursachen der Betonstraßen-Zerstörungen ausgeschaltet worden sind.

Alles gut und schön, werden die unentwegten Gegner des Betonstraßenbaus sagen, für den reinen Automobilverkehr könnte man sich vielleicht mit dem Gedanken der Betonstraßen vertraut machen, aber wir haben eben und werden auch in langen Jahren noch keinen reinen Automobilverkehr in Deutschland haben, und die Zugtiere finden auf den glatten schlüpfrigen Betonstraßen nicht genügend Haft, und sie denken unwillkürlich an die glatten Asphaltstraßen in den Großstädten. Aber auch diese an sich berechtigten Äußerungen stimmen nicht, wie die seit Jahren einem scharfen Verkehr ausgelegten Solbititzementstraßen beweisen. Diesen Straßen kann jeder gewöhnliche Kraftfahrzeug bei der Herstellung gegeben werden, ohne daß er im Laufe der Jahre wesentlich verliert. Andererseits darf auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Betonstraßen einen sehr geringen und zwar den geringsten Bewegungswiderstand von allen Straßenebefestigungen ausüben, wodurch die Arbeitsleistung der Zugtiere erheblich unterstützt wird.

Gewiß hat auch die Betonstraße neben ihren mannigfachen Vorzügen Nachteile aufzuweisen. Bei unserer Vorliebe für Straßenaufhebungen bieten sie einen unbedeuten Überstand, auch muß der Bauhof in seinem Endzustand erst auf der Baustelle geschaffen werden. Er ist also im gewissen Umfang von der Qualität der geleisteten Arbeit abhängig, aber dieses Risiko ist im gewissen Umfang allen modernen Straßenebefestigungen eigen.

Wer heute ohne Voreingenommenheit an die Prüfung der modernen Betonstraßen herantritt, wird zugeben müssen, daß sie allen berechtigten Anforderungen in vollem Maße entsprechen, und daß sie unserer schwer kämpfenden Betonindustrie neue Lebensmöglichkeiten verschaffen, sowie vielen Tausenden von Betonarbeitern, die wegen Beschäftigungslosigkeit in andere Berufe abgewandert sind, oder die infolge ihrer Erwerbslosenunterstützung am Mark unserer Wirtschaft zehren, Lohn und Brot geben.

Dr. Ing. S.

— Schwelken, 4. Juni. (Vom Spargelmarkt.) Zum gestrigen Spargelmarkt wurden 7—8 Zentner angefahren. Erste Sorte kostete 70—80 Pfg. zweite 40—50 Pfg.

— Ronau, 4. Juni. (Musikverein Harmonie.) Beim Musikfest in Ronau mit dem 1a-Preis ihrer Klasse ausgezeichnet, holte sich der Verein am letzten Sonntag beim Musikfest in Malsh wieder den 1a-Preis, sowie den Dirigentenpreis in der Oberklasse bis zu 20 Teilnehmern. Bei scharfster Konkurrenz trat der Verein nur mit 11 Teilnehmern zum Wettspiel an. Daher ist der Erfolg dem Verein ganz besonders zu gönnen.

— Heidelberg, 4. Juni. (Lebensrettung.) Unter Einwirkung seines eigenen Lebens rettete kürzlich ein Heidelberger Malchinist namens Emil Bopp auf einem Rheindampfer zwei Menschen von dem Tode des Ertrinkens. — Ebenfalls für dem Ertrinken gerettet wurde ein Neuenheimer Schüler, der mit anderen Gefährten auf der Bootspritsche unterhalb der neuen Brücke Schantunfälligkeiten zeigen wollte, dadurch das Gleichgewicht verlor und in den Neckar gefallen war. Der Retter war hier ein junger Mann.

— Weimen (bei Heidelberg), 4. Juni. (Wieder ein Kind verbrüht.) Eine Frau, die mit Wäschewaschen beschäftigt war, trug einen Kübel mit heißer Wäschebrühe die Treppe hinauf und stellte ihn am unteren Absatz ab. Das drei Jahre alte Töchterchen einer im ersten Stock wohnenden Familie stürzte mit einem Puppenwagen die Treppe hinauf und fiel in das siedende Wasser. An den schweren Verbrühungen ist das Kind gestorben.

— Eppingen, 4. Juni. (Im Gefängnis erhängt.) Ein hiesiger Tagelöhner, der wegen Sittlichkeitsverbrechens und Bedrohung seiner minderjährigen Tochter verhaftet worden war, hat sich im Gefängnis erhängt.

— Rastatt, 4. Juni. (Anleihe.) Der Bürgerausschuss genehmigte die Aufnahme einer Anleihe von zwei Millionen und zwar zur Förderung des Wohnungsbau und zur Bestreitung des Aufwandes für außerordentliche Unternehmungen zu einem Zinssatz von 8%, tilgbar längstens innerhalb 20 Jahren. Weiter wurde dem Erweiterungsbau des Gaswerkes zugestimmt, der einen Aufwand von 600 000 M. erfordert.

1) (Rotenfels, 4. Juni. (Feuerwehr.) In diesen Tagen führt sich die Gründung der hiesigen Freiwilligen Feuerwehr zum 50. Male. In den Jahren 1876—1901 begleitete Steinhauermeister Karl Schmitt die Kommandantenstelle, seit letztem Jahre ist Bierbrauermeister Franz Kott 1. Hauptmann und Kommandant, seit 1903 Stephan Winzrieth 2. Hauptmann und stellvertretender Kommandant. Das Fest soll am Sonntag hier gefeiert werden; viele Wehren der näheren und weiteren Umgebung haben ihre Erscheinen zugesagt.

2) Gagganau, 4. Juni. (Der Kriegerverein Gagganau kann im nächsten Monat sein 50jähriges Gründungsfest begehen, wesswegen sich am 4. Juli hier sämtliche Vereine des Murggaus treffen und auch das Landespräsidium sein Erscheinen zugesagt hat. Dieses Fest soll einfach und würdig, wie alle Solbatenart ist, begangen werden. Von den Gründungsmitgliedern ist noch einer am Leben.

3) Lautenbach (bei Oberkirch), 4. Juni. (Vom Auto überfahren.) In Hubacker wurde der neunjährige Sohn des Bahnbeamten Schürer von einem Auto überfahren. Die Insassen nahmen sich des unglücklichen Kindes an und brachten es nach dem Spital nach Oberkirch, wo es mit einem Oberarmbruch und Kopfverletzungen schwer datterliegt.

4) Buggingen (am Müllheim), 4. Juni. (Töblicher Unfall.) Am Mittwoch nachmittags wurde im hiesigen Kallwerk beim Abreißen eines Turmes der dabei beschäftigte 39 Jahre alte Landwirt Ludwig G. h von einem herabstürzenden Balken so unglücklich getroffen, daß er schwer verletzt wurde und in der Klinik in Freiburg starb. Der Verunglückte hinterläßt drei unmündige Kinder, die nun verwahrt sind, da erst vor 14 Tagen den Kindern die Mutter durch den Tod entziffen worden war.

Aus den Nachbarländern.

M. Langenargen, 4. Juni. (Aushebung einer Falschmünzwerkstätte.) Seit geraumer Zeit tauchten in der Bodenseeregion falsche Zweimarztstücke auf. Die Fälschung ist gut gelungen und von den echten Stücken nur zu erkennen, weil die Falschstücke etwas kleiner aber dicker sind. Der Randkranz ist etwas schwächer als an den echten. Die Falschstücke sind aus Kupfer mit einer schwachen Silberlegierung. Am letzten Mittwoch gelang es den Oberlandjägern aus Friedrichshafen und Langenargen, in den frühen Morgenstunden das vierköpfige Falschmünzernest in Langenargen a. B. auszuheben und dem Gerichte zuzuführen. Die Täter sind: Feinmechaniker Rudolf Lebingner, Galvaniseur Max Mann, Mechaniker Alfons Mann und Fischer Karl Keller. Die Herstellungswerkzeuge, sowie die Formen zu Zweimarztstücken, Fünfmarkstücken und Halbfrankenstücken konnten, obwohl die Täter diese Sachen in raffinierter Weise in Mauern versteckt und teilweise vergraben hatten, ebenso wie eine große Anzahl hergestellter Münzen restlos beigebracht werden. Bis jetzt ist festgestellt, daß die Täter für etwa 800 Mark Falschstücke in der Bodenseeregion in Umlauf gesetzt haben. Daß die Täter ihr unlauberes Handwerk ernst nahmen, geht daraus hervor, daß sie mit Motorbetrieb arbeiteten.

Man beachte die billigen Sommerpreise!



Hohe Heizkraft, altbewährt. Sauber, billig, allbegehrt.

Bricketts

Man achte genau auf die Marke Union!

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 5. Juni 1926.

Aufhebung des Benzinabgabeverbotes.

Vor wenigen Wochen noch mußte der Verkehrsverein Karlsruhe gegen die unbedingten Angriffe Stellung nehmen, die sich gegen das Benzinabgabeverbot an Sonn- und Feiertagen in der badischen Landeshauptstadt richteten.

Wie es zu erwarten war, ist jetzt eine einheitliche Regelung für das ganze Reich erfolgt. Der preussische Handelsminister hat in einer Ausnahmegenehmigung mit Rücksicht auf die starke Entwicklung des Kraftwagenverkehrs unter dem Vorbehalt des Widerzuges die Abgabe von Betriebsstoffen an Kraftfahrzeuge auch für die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie für die Sonn- und Feiertage gestattet.

Diese Meldung wird von allen Freunden des Automobils und Motorradportes mit größter Genugung empfunden. Ihnen ist jetzt die Möglichkeit zur ununterbrochenen Betriebsstoffversorgung sowohl an den besonderen Tankanlagen, als auch in den offenen Verkaufsstellen gegeben, sofern bei diesen die Abgabe des Betriebsstoffes in einem von dem allgemeinen Verkaufsraum völlig getrennten Lager erfolgt.

Mit der Aufhebung dieses Verbotes in Karlsruhe, für die der Verkehrsverein in Verbindung mit dem Badischen Automobilklub, dem Karlsruher Motorradfahrerverein und den hiesigen Automobilfirmen jederzeit eingetreten ist und der seinen Standpunkt in zahlreichen Eingaben an die maßgebenden Behörden vertreten hat, ist jetzt endgültig ein erditterter Kampf zur Entscheidung gelangt.

Ademische Ehrungen. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben ernannt zum Ehrenbürger Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Gustav Rasch in Heidelberg in Anerkennung seiner großen Verdienste und Erfolge als Lehrer der Elektrotechnik, zum Ehrensenator Herrn Geheimen Kommerzienrat E. Stromeyer in Konstanz, den Führer bei der Erschließung des Oberbergs bis zum Bodensee für die Großschiffahrt, in dankbarer Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft.

Zum 80. Geburtstag des Generals Anheuser hat der Verein ehemaliger Leibdräger seiner hochverdienten Ehrenmitgliede die herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Gestern vormittag 11 Uhr begab sich eine Deputation mit dem Vereinsvorsitzenden und dem bekannten Juppelreiter von 1870 Herrn Jilly in die Wohnung des Jubilars, um ihm die Glückwünsche des Vereins und ein Blumenbouquet zu überreichen.

Die Interessentenversammlung der gegenwärtig hier weilenden Messebesucher (Verkäufer, Schausteller usw.) fand am Freitag vormittag 10 Uhr unter Leitung des ersten Vorsitzenden des Landesverbandes G. L. F. in Mannheim im Hypodrom des Mesplatzes statt. In ruhiger, sachlicher Atmosphäre wurden Standesfragen besprochen, insbesondere kamen allgemein Klagen über die hohen Platzmieten und die übermäßige Luxussteuer zur Besprechung, die es größeren Geschäften sehr unangenehm machen, fernerhin Karlsruhe zu besuchen. Hier von den zuständigen Stellen Kenntnis gegeben werden. Trotz des denkbar schlechten Wetters wurde von dem Antrag einer Verlagerung der Messe abgesehen, da die meisten Messeveranstalter sich zur Messe nach Pforzheim begeben.

Postverkehr in Karlsruhe im Mai 1926. Die Zahl der Postsendungen betrug Ende Mai 42325, was einem Zugang von 114 neuen Kunden gegenüber dem Monat April entspricht. Auf den Konten sind im Mai ausgeführt 1162299 Gutschriften über 193393 967 RM., 780462 Lastschriften über 191768 199 RM., zusammen also 1942761 Buchungen über 385162166 RM., davon sind bargeldlos beglichen 307330562 RM. Das durchschnittliche tägliche Gesamtgutachten betrug 22158503 RM.

Aufnahme des Postüberweisungsverkehrs mit Schweden. Am 1. Juni wurde der Postüberweisungsverkehr mit Postkonten in Stockholm aufgenommen.

Der Kirchenchor St. Bonifatius führt in der Bonifatius-Kirche anlässlich des Patroziniumsfestes am nächsten Sonntag, den 6. Juni 1926 im Hochamt um 10 Uhr die herrliche Messfeier von Gounod für gemischten Chor, Orgel und großes Orchester auf. Die Messe ist längere Zeit nicht mehr vorgetragen worden; sie zeichnet sich durch hervorragende Melodien Schönheiten aus. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Chordirektors Schneider.

Der Werkmeister-Bereichsverein. Bei der am Dienstag stattgehabten Versammlung im Gartenhof des Friedrichshofes gedachte der Vorsitzende des Hinscheidens des Mitgliedes Krafft. Erläutert wurde die Frage, ob der Verein in absehbarer Zeit, so wie früher, eine Gesangsabteilung einführen solle, es wurde darauf hingewiesen, daß der kleinere Verein in Durlach eine sehr gute Sängerebene hat, die bei einem Ausflug nach Bruchsal tadellos gelungen habe. Am 6. Juni findet nachmittags ein Ausflug nach Ettlingen statt. Sollte ungünstige Witterung an diesem Tage sein, so wird der Ausflug auf den 13. Juni verschoben.

Im Uniontheater, Kaiserstraße 211, gelangt ab heute das Filmwerk „Die blonde Maria“ zur Vorführung. Die Rolle der blonden Maria wird durch die hübsche GINETTE MADDE dargestellt. Die Handlung spielt zuerst in Kaysersberg im Elsaß und alsdann in Paris. Im Beiprogramm figurieren die altbekannten FIZ und FAY in der glänzenden Größten Weltverehrung, als Fabrikanten von Kraftwagen mit Dynamiteuerung.

11 016

Schloss-Hotel Karlsruhe Jeweils Sonntag abend Künstler-Konzert Soupers à Mk. 4.50.

Der Ausbau der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

Der Kampf gegen die Monopolstellung des Badenwerks im Karlsruher Bürgerausschuß. Der Ausbau des städtischen Elektrizitätswerkes wird mit 62 gegen 28 Stimmen beschlossen.

B. Karlsruhe, 5. Juni.

In beinahe dreistündiger Sitzung beschäftigte sich der Karlsruher Bürgerausschuß mit der Frage des Ausbaues des städtischen Elektrizitätswerkes. Während die für die Erweiterung des Gaswerkes und die Verbesserung des Kabelnetzes geforderten 2,7 Millionen ohne Widerspruch bewilligt wurden, machten sich gegen den Ausbau des Elektrizitätswerkes starke Bedenken bemerkbar. Wie die namentliche Abstimmung über diese bedeutungsvolle Frage ergeben hat, war man selbst in den einzelnen Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten und der äußersten Linken, nicht einig. Einig war man nur in der Meinung, daß das Badenwerk keine Monopolstellung als Lieferant von elektrischer Kraft stark ausgenützt habe und daß es notwendig sei, hier eingzugreifen. Die Wege, die man gehen wollte, waren aber verschieden. Die einen glaubten, nur durch Errichtung eines eigenen starken Kraftwerkes den Monopolbestrebungen ein Ziel setzen zu können, die anderen dagegen rieten zu nochmaligen Verhandlungen mit dem Badenwerk. Daß daneben auch noch die parteipolitischen Farben eine kleine Rolle spielten, war deutlich zu erkennen aus den Ausführungen der verschiedenen Parteivertreter. Das hatte das eine gute, daß die Debatte auch noch etwas gewürzt wurde durch Humor, der allerdings nicht immer reine Freude auslöste. Schließlich wurde die ganze Vorlage mit Mehrheit angenommen. Die Stadt Karlsruhe wird also ihr Elektrizitätswerk ausbauen, so daß die Stadt in Zukunft nur noch den sog. Spitzenstrom vom Murgwerk beziehen wird, d. h. wenn dieser Strom zu einem annehmbaren Preis geliefert wird.

Sitzungsbericht.

Die Sitzung wird 4,20 Uhr durch den Vorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet. Nach dem Namensaufruf sind 82 Mitglieder anwesend. Das Haus ist beschlußfähig. Als erste Vorlage wird aufgerufen

Die Sicherstellung der Gas-, Wasser- und Stromversorgung der Stadt Karlsruhe.

Wie wir schon mitgeteilt haben, handelt es sich um die Erweiterung des Gaswerkes mit einem Kostenaufwand von 1460000 M., die Verbesserung des Kabelnetzes für die 1240000 M. gefordert werden und die Erweiterung des Elektrizitätswerkes, die einen Aufwand von 2600000 M. erfordert. Nicht inbegriffen in diesen Vorlagen sind die Vorschläge wegen Erstellung eines weiteren Wasserwerkes, das ebenfalls einen Aufwand von 2 Millionen erfordert.

Oberbürgermeister Dr. Finter begründet eingehend die Vorlage. Seinen Ausführungen stellt er den Satz voraus, daß die Monopolbetriebe in die Hände der Kommunen gehören. An diesem Grundsatz habe die Stadt Karlsruhe von jeher festgehalten. Die Versorgung der Stadt mit Monopolwaren geschehe am besten durch die Stadt, sonst komme die Stadt in die Abhängigkeit von Interessengruppen, denen die Wahrung der Privatinteressen höher stehe als die Interessen der Allgemeinheit. Wie wichtig die Erhaltung der sog. werbenden Werke für die Stadt sei, könne daraus ersehen werden, daß die Stadt in diesem Jahre rund drei Millionen herausgeholt habe, also gerade so viel als durch die Umlage aufgebracht werde. Die Vorlage über den Ausbau der städtischen Werke sei nicht das Werk eines Augenblicks, sondern das Ergebnis von Untersuchungen, die schon lange gründlich gemacht wurden. Es sei also ein wohlverwogenes städtisches Programm. Die Sorge für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Werke gelte vor allem dem Gaswerk. Es seien zwei Punkte, die zur Erweiterung drängen: einmal die erfreuliche Zunahme des Konsums und zum zweiten die Verringerung in der Verwendung des Gases. Während früher das Gas in der Hauptsache zu Lichtzwecken verwendet wurde, sei heute die Verwendung des Gases für Warmwasser überwiegend. Die Erweiterung des Gaswerkes sei ganz dringend, wenn wir nicht eines Tages in Schwierigkeiten kommen wollen in der Gasversorgung. — Wie mit dem Gaswerk sei es mit dem Wasserwerk. Auch hier müsse bald eine Erweiterung geschaffen werden. Es sei jetzt schon die Gefahr vorhanden, daß in heißen Tagen nicht genügend Wasser geliefert werden könne, so daß eine Einschränkung des Wasserverbrauches notwendig werde, was sicher sehr bedauerlich sei. Die Vorlage über das Wasserwerk werde noch in den nächsten Monaten dem Bürgerausschuß zugehen. Sehr wichtig sei auch die Erhaltung der Selbständigkeit unserer Elektrizitätswerke. In interessanten Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit den Vorteilen der Unabhängigkeit der Stadt vom Badenwerk. Er stellte dabei fest, daß die neuen Maschinen, die im städtischen Elektrizitätswerk aufgestellt werden sollen, wesentlich rationeller arbeiten als die alten. Darum habe auch der Dampfstrom gegenüber dem Wasserstrom einen Vorzug. Die Stadt habe in keiner Weise die Absicht, durch den Ausbau ihres Elektrizitätswerkes das Badenwerk zu beeinträchtigen. Heute sei es schon so, daß das Badenwerk zur Belieferung der Stadt selbst Dampfstrom kaufe von dem rheinischen Dampf-Elektrizitätswerk. Es sei aber nicht anzunehmen, daß die Stadt Dampfstrom benötige, der im Rheinland hergestellt und durch Vermittlung des Badenwerks der Stadt verkauft werde. Den Spitzenstrom werde die Stadt auch nach Erstellung des neuen Werkes vom Badenwerk beziehen, vorausgesetzt, wenn der Preis entsprechend niedrig sei. Es sei verständlich, wenn das Badenwerk den Plan des Ausbaues des Elektrizitätswerkes bekämpfe. Wenn es aber darauf hinweise, daß die Stadt die Elektrifizierung der badischen Bahnen gefährde, so müsse das zurückgewiesen werden. Es sei aber aus den Ausführungen vom Badenwerk zu erkennen, daß die Städte durch den teuren Strom vom Badenwerk die Kosten für die Elektrifizierung der badischen Bahnen tragen sollen. Ein solches Ansehen müsse er aber als Leiter der Karlsruher Gemeinde ablehnen. (Sehr richtig!) Nach den genannten Überlegungen dürfe man annehmen, daß die Stadt pro Jahr einige Hunderttausend Mark sparen könne, wenn sie das Dampf-Elektrizitätswerk ausbaue. Das Badenwerk habe zwar im letzten Augenblick noch günstigere Lieferungsangebote gemacht, aber unter der Bedingung, daß Karlsruhe den Betrieb seines Dampfwerkes stilllege. Nach kurzen Erklärungen über die Deckungsfrage empfiehlt der Oberbürgermeister die Vorlagen zur Annahme.

Namens des Stadtvorordnetenenstandes empfiehlt Stadtv. Steinwurz die Vorlagen zur Annahme. Gerade in der wirtschaftlichen Not haben Staat und Gemeinden die Pflicht, Werke zu bauen, um Gelegenheit zur Arbeit zu schaffen. Werde das Elektrizitätswerk nicht ausgebaut, dann sei die Stadt gezwungen, ihr Geld für Strom an auswärtige Firmen zu geben.

Stadtv. Braun (Dem.) weist es zurück, wenn behauptet werde, derjenige, der gegen die Vorlage stimme, vertrete die Interessen des Badenwerks. Es sei Pflicht aller Stadtvorordneten, genau zu prüfen, ob in der heutigen schweren Zeit solche Werke gebaut werden können. Besonders genau zu prüfen sei der Ausbau des Elektrizitätswerkes. Erfreulich seien die Ausführungen des Oberbürgermeisters, der feststellte, daß Monopolwerke in den Besitz der Gemeinden gehören. Zu hoffen sei, daß dieser Standpunkt von dem Herrn Oberbürgermeister auch auf anderen Gebieten vertreten werde. Trotzdem sei es zu überlegen, ob die Stadt heute solche Summen investieren könne. Man sage wohl, daß die Stadt das Geld leicht bekomme. Um so schwerer sei es aber dann für Private, Geld zu bekommen. Zu bedauern sei der Standpunkt des Badenwerks, das bürokratisch-monopolistisch gesinnt, also rein profitwirtschaftlich eingestellt sei. Seine Partei wünsche, daß der Plan über den Ausbau des Elektrizitätswerkes noch einmal zurückgestellt werde bis noch einmal neue Verhandlungen mit dem Badenwerk abgeschlossen seien. Das Wichtigste an der Vorlage sei das Ultimatum wegen der Kesselfeuerung. Die Stadtvorordneten müssen nach sachlichen Gesichtspunkten handeln; sie müssen ultimative Forderungen ablehnen. Komme man mit dem Badenwerk nicht zu einer Einigung, dann müsse eben das Dampfwerk der Stadt ausgebaut werden. Man müsse allerdings noch einmal Sachverständige hören, denn drei Sachverständige hätten auch drei Meinungen. (Zuruf: Sie haben auch verschiedene Meinungen!) Es sei zu hoffen, daß die Wasserwerke des Landes im Interesse der Allgemeinheit verwendet werden. Im großen und ganzen sei es zu begrüßen, daß die Stadt sich vorbereitet habe für die Selbständigkeit der Stadt in der Elektrizitätsversorgung, so daß, wenn das Badenwerk nicht Entgegenkommen zeige, wir unseren Strom selbst erzeugen. Besser wäre es allerdings, wenn die Stadt nicht zur Investierung eines so großen Kapitals gezwungen würde.

Stadtv. Deines (D.B.) legt zunächst Verwahrung ein gegen die Ueberführung, mit der man die außerordentlich wichtige und bedeutungsvolle Vorlage von Seiten der Stadterwaltung behandelt habe. Zu verurteilen sei das Vorgehen des Badenwerks. Es sei aber anzunehmen, daß man doch noch zu einer Einigung mit dem Badenwerk komme. Seine Fraktion stelle deshalb den Antrag, das Projekt über den Ausbau des Elektrizitätswerkes zurückzustellen bis zur Beratung des Voranschlags und in der Zwischenzeit eine gutachtliche Keuzerung eines Sachverständigen einzubohlen. Die ersten Vorlagen über die Erweiterung des Gaswerkes und die Verbesserung des Kabelnetzes finden die Zustimmung seiner Fraktion.

Stadtv. Dumas (D-Nat.) erklärt, daß seine Fraktion der Vorlage in ihrem ganzen Umfange zustimme. Von Sachverständigen sei beauftragt worden, die Berechnungen des Stadtbauverwalters Eglinger stimmen. Wenn eine Stadt wie München, das die Kohlen nicht so gut beziehen könne wie Karlsruhe, dazu übergehe, ein eigenes Dampfwerk zu bauen, dann müsse man doch zugeben, daß das Werk in Karlsruhe ausgebaut werde. Bestimmend für den Entschluß sei auch die Preispolitik des Badenwerks gegenüber den Piesferren und Abnehmern des Stroms. Es sei zu befürchten, daß das Badenwerk im Begriff einer Preisbildung sei mit rheinisch-westfälischen Werken. Das Monopol der Gemeinde sei einem solchen Trustmonopol vorzuziehen. Zu beachten sei auch, daß durch den Ausbau des Elektrizitätswerkes wieder viele Arbeiter Beschäftigung finden würden. Rückblick auf ein Staatswerk sei nicht zu nehmen, denn die Staat habe auch keine Rückficht genommen auf die Gemeinden beim Finanzausgleich. (Starke Anruhe.)

Stadtv. Weipert (Zentr.): Auch seine Partei stimme den ersten Punkten der Vorlage zu, wünsche aber, daß noch einmal in Verhandlungen eingetreten werde mit dem Badenwerk. Wenn eine Einigung nicht erzielt werde, dann müsse das Elektrizitätswerk der Stadt ausgebaut werden. Zu bedauern sei das bisherige Verhalten des Badenwerks. Die finanzielle Seite der Vorlage müsse auch noch einmal geprüft werden. Man müsse alles vermeiden, um der Wirtschaft Kapital zu entziehen. Auch wenn man das Geld aus dem Ausland beziehe, sei es bedenklich, weil man immer mehr in eine Zinsnechtheit gegenüber dem Ausland komme.

Stadtv. Koch (Soz.) polemisiert zunächst gegen die grundsätzliche Einstellung der Redten zu der Vorlage. Der Behauptung des Oberbürgermeisters, daß die städtischen Werke das Rückgrat für die Finanzen der Stadt seien, müsse auch entgegengetreten werden. Es müsse dafür gefordert werden, daß die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität verbilligt und damit die großen Gewinne der Werke vermindert werden. Obgleich die Sozialdemokratie alle staatlichen Werke unterstütze, stimme sie der Vorlage aus sachlichen Gründen zu. (Heiterkeit.) Auf einen Jurus von der Rechten sagte der Redner: „Selbst sind die Geistesarmen, denn ihrer ist das Himmelreich.“ (Stürmische Heiterkeit.) Die Vorlage sei ein Mittel, um sich freizumachen vom Monopol. Die Ersparnis von 100000 M. sei auch nicht zu unterschätzen. Die Begründung der Rechten für die Vorlage müsse er als unfair und unnötig bezeichnen, denn es sei kommunalpolitischer Egoismus. (Stürmische Heiterkeit auf der rechten Seite des Hauses.)

Stadtv. Moller (Komm.) polemisiert in weitläufiger Weise gegen die Monopole der Privatwirtschaft. Sachwerte zu schaffen, sei Aufgabe der Gemeinden, denn hier gelte der alte Spruch: „Was man haben muß, das muß man haben“ oder „Was mer hatt', des hatt' mer“. (Heiterkeit.) Außerdem sei es auch gut, wenn man gemannt sei gegen Unfälle im Murgwerk. Man solle dankbar anerkennen, daß das Elektrizitätswerk ein Werk errichten wolle, das der Allgemeinheit Nutzen bringe.

Stadtv. Dr. Frommherz erklärt namens der Wirtschaftlichen Vereinigung, daß die beiden Punkte der Vorlage über die Erweiterung des Gaswerkes und die Verbesserung des Kabelnetzes einstimmig angenommen werden. Ueber den dritten Punkt, die Erweiterung des Elektrizitätswerkes wird auf Antrag der deutsch-nationalen Partei namentlich abgestimmt. Für die Vorlage stimmten 62, dagegen 28. Die Vorlage ist also angenommen. Eine weitere Vorlage über die Erweiterung der Befugnisse des Stadtrats bei Liegenhaftskäufen wird ebenso angenommen wie die Vorlage über Tausch und Kauf von Grundstücken.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Wundern Sie sich nicht über die Qualität! Die gute Fauth Extra Margarine immer frisch



Wundern Sie sich nicht über die Qualität! Die gute Fauth Extra Margarine immer frisch

Generalvertreter: Scheuer & Lehne, Karlsruhe. Fernsprecher Nr. 2312. Verlangen Sie beim Einkauf von 1 Pfd. „Buttergretchen“ das Fauth Extra-Blatt das „Buttergretchen“.

21448





Reichsbank-Ausweis vom 31. Mai 1926.

Table with 3 columns: Aktiva (in 1000 R.-M.), 30. April 1926, 31. Mai 1926. Rows include Goldbestand, Goldkassenbestand, Zentralnotenbanken, etc.

Bei den Abrechnungs-Stellen wurden im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Drahtmeldungen.

Mannheim, 4. Juni. Die o. G. der Deutschen Eisengewerkschaft für Rationalisierung und Chemische Industrie in Friedrichsfeld l. B. genehmigte den von uns ausföhrlich behandelten Abschluß und die Verteilung einer Dividende von 4 Prozent auf die Vorkriegsaktien und von 10 Prozent auf die Stammaktien und wählte an Stelle des in den Vorstand berufenen H. Wittig...

Stuttgart, 4. Juni. Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die o. G. der Knopfabrik Schorndorf AG. genehmigte den Abschluß für 1925. Der Verlust von 25 000 R.M. wird auf neue Rechnung übertragen. Die vorgesehene Kapitalerhöhung auf 425 000 R.M. wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Die Reichsbank hat sich im Monat Mai 1926 abgerechnet 4501 112 700 Mark. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Mai nahm die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten in der Umlaufzeit um 148,1 Mill. auf 1420,2 Mill. R.M. zu.

Advertisement for Robert Stahmer, former member of the board of directors of Eisenbahnsignal-Bauanstalten Max Jüdel, Stahmer, Bruchsal. Includes contact information and dates.

Advertisement for Georg Mappes, Trudel Mappes, geb. Scheinsohn, Vermählte. Karlsruhe, am 5. Juni 1926.

Advertisement for Trauerbriefe und Danksagungs-Karten. Druckerei Ferdinand Thiergarten.

Advertisement for Fingerringe. Includes text about jewelry and contact information.

Advertisement for 8/24 PS Brennabor-Phaeton. Includes text about the car and contact information.

Advertisement for Schlosser findet Griffenz. Includes text about locksmith services.

Advertisement for Jahre miete einer Autoboxe. Includes text about car rental services.

Advertisement for Bienen-Schleuderhonig. Includes text about honey products.

Advertisement for la. Eiderfellhüte. Includes text about fur hats.

Advertisement for Kapitalien. Includes text about financial services.

Advertisement for Beratung. Includes text about consulting services.

Advertisement for Routinierter Kaufmann. Includes text about business services.

Large advertisement for Julius Strauß, featuring Pullovers, Westen, and Schlupfhosen. Includes prices and contact information.

Advertisement for Piano. Includes text about piano sales and contact information.

Advertisement for Ihr Klavier verstimmt?. Includes text about piano tuning services.

Advertisement for Auto-Kauf!. Includes text about car purchases.

Advertisement for Kaugeluche. Includes text about chewing gum.

Advertisement for Klein-Auto. Includes text about small cars.

